

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Erdölbevorratungs- gesetzes und zur Änderung des Mineralölgeldengesetzes

Der Bundesrat hat in seiner 886. Sitzung am 23. September 2011 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Artikel 2a - neu - (§ 48 Absatz 4 EnWG)

Nach Artikel 2 ist folgender Artikel 2a einzufügen:

'Artikel 2a

Änderung des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)

Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), wird wie folgt geändert:

In § 48 Absatz 4 werden die Wörter "für ein Jahr" gestrichen.

Begründung:

Nach dem Energiewirtschaftsgesetz ist die Frist für die Fortzahlung der Konzessionsabgabe auf ein Jahr nach Auslaufen des Wegenutzungsvertrages beschränkt.

Diese Befristung der Fortzahlung der Konzessionsabgabe auf den Zeitraum eines Jahres nach Ablauf des Wegenutzungsvertrages reicht nicht aus. Sie führt bei schwierigen Verkaufsverhandlungen, die sich über einen darüber hinausgehenden Zeitraum hinziehen, zu Konzessionszahlungsausfällen für die Kommunen.'

Als Folge ist

die Überschrift des Gesetzentwurfs wie folgt zu fassen:

"Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Erdölbevorratungsgesetzes, zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes und zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes"

Begründung:

Da mit dem Artikelgesetz auch das Energiewirtschaftsgesetz geändert werden soll, sollte dies auch in der Bezeichnung des Gesetzes zum Ausdruck kommen.